

## Braunkohle-Lobbyismus – Was können wir aus der Vergangenheit lernen?

Als Vorreiter für den "umweltfreundlichen und langfristig kostengünstigen Einsatz von Braunkohle" beschloss die Stadt Cottbus in den 1990er Jahren ein Heizkraftwerk zu errichten. Diese Entscheidung fand unter politischem Druck statt, den vor allem die Gewerkschaft IGBE (heute IG BCE) und die Landesregierung Brandenburg aufbauten. Allein das politische Bekenntnis zur Braunkohlewirtschaft zählte, Bedenken technischer wie wirtschaftlicher Art traten weit in den Hintergrund.

Die nicht ausgereifte Technologie des Heizkraftwerkes brachte die Stadt bis 2005 an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Statt der propagierten sicheren Energieversorgung gab es Havarie auf Havarie, statt der versprochenen Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region ist die Stadtverwaltung zu massivem Personalabbau gezwungen. Letztlich verlor Cottbus durch diese Entscheidung seine eigenständigen Stadtwerke und damit eine maßgebliche Finanzquelle, auch für den derzeit heiß diskutierten städtischen Nahverkehr. Die Technologie des Cottbuser Heizkraftwerkes wird inzwischen in Forschung und Kraftwerksbau nicht weiter verfolgt.

Doch auch heute soll innovative Braunkohletechnik wieder bezahlbare Energie, Sicherung von Arbeitsplätzen und Klimaschutz bieten, auch heute sind IG BCE und Landesregierung sich hundertprozentig sicher. Verheizt werden soll jedoch immer noch dieselbe Braunkohle, der CO<sub>2</sub>-intensivste Energieträger der Welt, dessen Gewinnung nicht ohne die Zerstörung von Landschaft und Siedlungen möglich ist. Vergleicht man die Entwicklung der Stadtwerke Cottbus und die aktuelle Debatte um die CCS-Technologie, so fällt eine Reihe von Parallelen auf:

<b>Heizkraftwerk Cottbus</b>	<b>CCS-Technologie</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anfang 1990er: Zukunftsfähigkeit der Braunkohle aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen in Frage gestellt</li> <li>- Innovative Technologie „druckaufgeladene Wirbelschichtfeuerung“ soll die Zukunftsfähigkeit beweisen</li> <li>- Bei anderer Entscheidung angeblich 10.000 Arbeitsplätze in Brandenburg bedroht</li> <li>- 1997: Grundsteinlegung mit Ministerpräsident Manfred Stolpe</li> <li>- Nominierung als Projekt der Weltausstellung „EXPO 2000“</li> <li>- Stadt Cottbus schließt Finanzierungsverträge, bei denen sie das Hauptrisiko trägt</li> <li>- Unwirtschaftlicher Betrieb durch regelmäßige Havarien führt zu Millionenverlusten</li> <li>- 2005: Stadtwerke-Skandal: Cottbus droht die Pleite, es verliert seine Stadtwerke zu drei Vierteln an eine Gläubigerbank, Vattenfall macht gleichzeitig Rekordgewinne</li> <li>- 2006: Abwahl der Oberbürgermeisterin</li> <li>- 2009: Finanzierung des Nahverkehrs unklar</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- seit ca. 2002: Zukunftsfähigkeit der Braunkohle aus Klimaschutzgründen in Frage gestellt (Emissionshandel), Erneuerbare Energien bereits auf dem Vormarsch</li> <li>- Innovative Technologie „carbon capture and storage“ (CCS) soll die Zukunftsfähigkeit beweisen</li> <li>- Bei anderer Entscheidung angeblich 15.000 Arbeitsplätze in Brandenburg bedroht</li> <li>- 2006: Erster Spatenstich für Forschungsanlage mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Matthias Platzeck</li> <li>- Nominierung als „ausgezeichneter Ort“ bei „Deutschland – Land der Ideen“ 2007</li> <li>- Entwurf des „CCS-Gesetzes“ sieht Haftung der Bundesländer für Risiken der CO<sub>2</sub>-Speicher vor</li> <li>- Noch unbekannt</li> <li>- Noch unbekannt</li> <li>- Noch unbekannt</li> <li>- Noch unbekannt</li> </ul>

Das Hintergrundpapier

### „Das Cottbuser Heizkraftwerk – Millionengrab dank Braunkohletechnik“

rekonstruiert die Entwicklung um das Cottbuser Heizkraftwerk anhand von Artikeln aus der Regionalpresse. Auf der Rückseite dieses Blattes befindet sich eine Zusammenfassung. Eine 18seitige Langfassung finden Sie auf [www.lausitzer-braunkohle.de](http://www.lausitzer-braunkohle.de)

Herausgeber: Umweltgruppe Cottbus e.V.

c/o Eine-Welt-Laden,  
Straße der Jugend 94  
03046 Cottbus

Tel.: 0355-4837815  
E-Mail: [umweltgruppe@web.de](mailto:umweltgruppe@web.de)

Spendenkonto: 3302103203  
Sparkasse Spree-Neiße,  
BLZ 180 500 00

## **Der Lobbyismus:**

1993 werden kommunale Stadtwerke gebildet und vielerorts die Beschlüsse gefasst, veraltete Anlagen durch den Neubau von Heizkraftwerken zu ersetzen. Die brandenburgische Landesregierung versucht, insbesondere die Städte Potsdam, Cottbus, Brandenburg und Frankfurt/Oder zu Kraftwerken auf Braunkohle-Basis zu bewegen, auch um ein Beispiel für das Land Berlin zu geben. Sie bietet dazu einerseits Fördermittel und droht andererseits mit Repressionen im Falle der Entscheidung für andere Energieträger. Als Potsdam und Brandenburg sich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen gegen Braunkohle entscheiden, werden sie Zielscheibe von militanten Protesten der Gewerkschaft IGBE und unausgewogener Berichterstattung in Lausitzer Medien. Cottbus entscheidet sich unter diesem Druck für ein Braunkohle-Heizkraftwerk mit „druckaufgeladener Wirbelschichttechnologie“.

## **Die Verherrlichung:**

Knapp drei Jahre halten Stolz und Begeisterung nach dem Beschluss der Cottbuser Stadtverordneten an. Unter anderem präsentiert die zuvor als Treuhand-Chefin mit der Privatisierung der Braunkohlewirtschaft befasste Birgit Breuel das Kraftwerk als Objekt der Weltausstellung EXPO 2000. Je näher der Dauerbetrieb rückt, umso verhaltener werden jedoch Politikerjubiläum und die allgemeine Präsenz des Kraftwerkes in der Presse.

## **Der Stadtwerke-Skandal:**

Im Frühjahr 2005 berichtet die Presse über zuvor verheimlichte Millionenverluste der Stadtwerke durch das Heizkraftwerk, der „Stadtwerke-Skandal“ ist entstanden.

## **Die Technischen Probleme:**

Bis ins Jahr 2008 berichtet die Presse in regelmäßigen Abständen von den technischen Problemen des Heizkraftwerkes, die aus der unausgereiften Technologie herrühren. Besserung wird regelmäßig in Aussicht gestellt, tritt aber jahrelang nicht ein.

## **Der Sanierungsprozess und die Rolle Vattenfalls:**

Hinter dem Ruin der Cottbuser Stadtkasse stehen ausgerechnet die Geldforderungen eines Vattenfall-Tochterunternehmens. Gleichzeitig verdient Vattenfall (anfangs als Lausitzer Braunkohle AG) als Brennstofflieferant kontinuierlich am Heizkraftwerk und stellt sich in der Werbung als „Partner der Region“ dar. Offenbar wurde auch nicht die optimale Kohlequalität geliefert - der Schaden daraus für die Stadt „in zweistelliger Millionenhöhe“ trug zum Gewinn bei Vattenfall bei. Die Stadt Cottbus beginnt im Herbst 2005 kommunale Betriebe zu verkaufen und bittet das Land um finanzielle Hilfe. Letztlich muss sie ihre Stadtwerke zu drei Vierteln an eine Gläubigerbank abtreten. Vattenfall selbst weigert sich, das Kraftwerk zu übernehmen, das Tochterunternehmen Vasa Energy beteiligt sich schließlich zu einem geringen Teil an der Sanierung. Ende 2008 fällt Vattenfall der Stadt offen in den Rücken: in einer massiven Kampagne werden Kunden der Stadtwerke gezielt abgeworben.

## **Auswirkungen auf Beschäftigte und Kunden:**

Entgegen den Versprechungen der 1990er Jahre hat das Braunkohle-Heizkraftwerk der Stadt Cottbus weder preiswertere Energieversorgung noch sichere Arbeitsplätze gebracht. Strom und Wärmepreise stiegen. Die Beschäftigten müssen durch Lohnverzicht zur Sanierung beitragen, ein Teil der Stellen wird abgebaut. Der Sparzwang nimmt auch beim Personal der Stadtverwaltung zu.

## **Die Schulfrage:**

Die sich in der „Lausitzer Rundschau“ 2005 bis 2008 widerspiegelnde öffentliche Schulddiskussion beschäftigt sich an keiner Stelle mit der Rolle der 1993 bis 1995 als Lobbyisten in Sachen Braunkohle agierenden Personen. Nichtsdestotrotz werden natürlich Verantwortliche gesucht und gefunden. Stadtwerkechef und schließlich Oberbürgermeisterin müssen - sehr wahrscheinlich durch diese Entwicklung mit beeinflusst - den Hut nehmen.

## **Kein Geld für Bus und Straßenbahn?**

In Städten vergleichbarer Größenordnung wie Cottbus sichern die Stadtwerke oft die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, da dieser selten kostendeckend arbeitet. In der Anfang 2009 geführten Debatte um die Streichung oder Verkleinerung der Cottbuser Straßenbahnlinien wird der fehlende Beitrag durch funktionierende Stadtwerke bereits als gegeben hingenommen. Als Cottbus sich nach Bürgerprotesten zur Beibehaltung der Straßenbahn bekennt, steht erneut die Frage „was woanders eingespart werden kann.“ Unausgesprochen bleibt, dass genau dieser Finanzmangel letztlich die Folge des Braunkohle-Lobbyismus der 1990er Jahre ist.